

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheinungswöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis für Oktober 100 M. inkl. Schlüsselzahl d. Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Zu beziehen durch alle Postämter. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigentel.: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16. Am Kölnischen Platz 2.

Inserate: Die 6 Spalten Nonpareillezeile oder deren Raum 10 000 000 M. Arbeitervermittlungen 500 000 M. pro Zeile. Verbandsanzeigen 100 000 M. pro Zeile.

Drohende Gefahren.

Seitdem die nebenstehenden Aufträge geschrieben wurden, hat sich die politische Lage geändert. Die Gefahr ist nicht mehr so unmittelbar drohend, aber sie ist nicht beseitigt. Die gesprengte Koalition im Reichstag ist wieder zusammengeführt, und die zurückgetretene Regierung ist auf der alten Grundlage neu gebildet worden. Aber das ist kein Grund, von der Veröffentlichung einer Kundgebung abzusehen, die der Stimmung der verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen im kritischen Augenblick Ausdruck gibt. Die alte Krise ist beseitigt, aber nach wie vor sind die Rechte der Arbeiter gefährdet und der Bestand der Republik bedroht. Nach wie vor gilt es für die Arbeiterschaft auf dem Posten zu sein, um die Anschläge der Feinde abzuwehren.

Die am 3. Oktober ausgebrochene Regierungskrise war für alle Welt eine Überraschung. Kein ungünstigeres Moment hätte dazu ausgewählt werden können. Die Aufgabe des Abwehrkampfes an der Ruhr hat die allgemein erhoffte Entspannung nicht gebracht. Nicht nur, daß die französische Regierung keine Verhandlungsbereitschaft zeigt, sie setzt ihre brutalen Maßnahmen gegen die Bevölkerung, die Verhaftung und Ausweisung von Beamten und Arbeitern und die Raubzüge gegen die Kassen fort. Französisches Militär schützt in Düsseldorf die putschistischen Sonderbündler gegen die deutsche Polizei, setzt deren Beamte gefangen und erhebt gegen sie Mordanklage. Das und so manche andere Momente deuten darauf hin, daß Frankreich im Begriff ist, das Rhein- und Ruhrgebiet von Deutschland loszureißen.

Indessen wird es immer deutlicher, daß die Diktatur Kahr in Bayern ein Präzedenzfall gegen die Republik ist. Die Reichsregierung mag es nicht, gegen die Mißachtung ihrer Autorität einzuschreiten. Das schwelt der Reaktion den Kamm. Eine Bande bewaffneter Kavaleriesoldaten, deren es, dank einer unverantwortlichen Nachsicht der maßgebenden Stellen, so manche im Reich gibt, unternimmt einen Putsch gegen Kahr. Er greift sich, den offiziellen Berichten zufolge, und andere dürfen nicht veröffentlicht werden, die Reichswehr als zuverlässig. Der Putsch wird niedergeschlagen. Eine Gewähr dafür, daß nicht auch anderwärts ein nationalistischer Putsch unternommen wird, wird wohl niemand bieten wollen.

Zu diesen Gefahren, die der Republik drohen, kommt die nie leicht noch schwerere, die aus der Finanzlage des Reiches herrührt. Der Dollar springt von Tag zu Tag um Hunderte von Punkten. Am 20. September stand er noch unter 200, am 2. Oktober notiert er 320, am 3. Oktober 450, er steigt in den folgenden Tagen auf 550, 650 und erklimmt am Wochenschluß die schwindende Höhe von 800. Es sind Vorarbeiten ausgeführt, um eine neue Währung aufzubauen; die Pläne werden von den verschiedensten Seiten scharf kritisiert, dabei herrscht wieder Übereinstimmung darin, daß auf dem schnellsten Wege überhaupt etwas geschehen muß, denn die gesamte Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch. Mit dem Währungsproblem in engstem Zusammenhang stehen Finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die allesamt so dringend sind, daß sie auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung nicht schnell genug erledigt werden können. Die Regierung soll ermächtigt werden, das Erforderliche auf dem Verordnungswege zu verfügen.

In diesem Augenblick werden die sorglos gelegten Mienen zur Explosion gebracht. Sie sind von den deutsch-nationalen Reaktionen angeleitet, die ihre Zeit gekommen erachten. Zwischen ihnen und den zur Volkspartei gehörigen Organen der Industrie bestehen enge Beziehungen. Auf Verreiben dieser Kreise verlangt die Volkspartei nämlich die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung. Der Konflikt, der sich aus dieser Forderung ergeben mußte, trat jedoch zurück hinter dem, der aus der anderen Forderung der Volkspartei resultierte. Sie verlangte, daß das zu schaffende Ermächtigungsgesetz nicht nur die Möglichkeit gebe, währungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu treffen, auf dem gleichen Wege sollte auch dem Akt und dem Tag der Garau gemacht und die Demobilisationsbestimmungen aufgehoben werden, welche die Unternehmer in der Entlassung der Arbeiter beschränken. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, die Ausdehnung des Ermächtigungsgesetzes auf sozialpolitische Fragen abzulehnen. Vermittlungsversuche schlugen fehl, und als die Fraktion am Abend des 3. Oktober auf ihrem Beschluß beharrte, war die Koalition gesprengt. Das Kabinett Stresemann erklärte seinen Rücktritt.

Die nun einsetzenden Versuche des erneut mit der Bildung eines Kabinetts beauftragten Reichszanklers Stresemann zeigten die ungeheuren Schwierigkeiten der Lage. Eine parlamentarische Mehrheit ohne die Sozialdemokraten ist nur möglich, wenn sie sich auf die Deutschnationalen stützt. Dafür besteht jedoch in den bürgerlichen Parteien nicht allgemeine Bereitschaft. Ohne die Sozialdemokratie ist aber auch ein Ermächtigungsgesetz, dazu Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, nicht zu erlangen. In diesen Tagen tauchten Gerüchte auf über eine geplante Diktatur: die Deutschnationalen und die ihnen verwandten Reaktionen haben ihren Willen bereits bündelt und auch in den letzten Gewerkschaftskongressen erklärte man

An die Verbandsmitglieder!

Der nachstehende Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenverbände beleuchtet die Gefahr, in der sich die deutsche Arbeiterschaft augenblicklich befindet, er zeigt auch, daß die Gewerkschaftsführung dieser Gefahr nicht blind gegenübersteht. Die gesamte Arbeiterschaft wird aufgerufen zur Wachsamkeit und Alarmbereitschaft. Wir erwarten, daß alle Mitglieder unseres Verbandes sich des Ernstes der Lage bewußt und bereit sind, den Kampf aufzunehmen, wann und mit welchen Mitteln es die Situation erfordert.

Woher nimmt die Reaktion den Mut, zum Schlags gegen die Arbeiterschaft auszuholen? Zwei Gründe sind es vornehmlich, die ihr den Kamm schwellen lassen: die Uneinigkeit unter den Arbeitern und die Spekulation auf die Wirkung der Selbstverwertung auf die Finanzen der Arbeiterorganisationen. Verbandsmitglieder, macht diese Spekulation zunichte! Fort setzt mit allem Haberd, mit allen Meinungskämpfen innerhalb unserer Reihen.

Wer jetzt die Einigkeit stört, leistet dem Feinde Helfersdienste, wer das Vertrauen zu seiner Organisation und ihrer Führung untergräbt, übt Verrat.

Seid euch aber auch bewußt, daß in diesem Augenblick Beitragspflicht oberstes Gesetz der Wehrpflicht ist. Restlose Erfüllung der statutarischen Beitragspflicht, nämlich Wochenbeitrag gleich einem Stundenlohn. Pünktliche Zahlung der Beiträge und Ablieferung der Gelder sind unerlässlich, damit der Organisationsapparat auch finanziell dem zu erwartenden Ansturm trotzen kann. Zahlreich sind zurzeit die Arbeitslosen, die keinen Beitrag zahlen können, um so mehr müssen die anderen sich ihrer finanziellen Verpflichtung gegenüber dem Verband bewußt sein. Wer diese zu umgehen versucht, handelt gewissenlos.

Kolleginnen und Kollegen! Seid euch bewußt, daß die geschlossene, einmütige und disziplinierte Arbeiterschaft unüberwindlich ist. Der Verbandsvorstand.

Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse!

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeiterschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Zerfall der deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt: In Deutschland selbst erheben sich ihre erbittertesten Feinde; im eigenen Land holen ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entscheidenden Schlags aus.

Dieselben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfstandpunkt zum Vorwurf machten, haben jetzt ihrerseits die

Sturmflut des rücksichtslosesten Klassenkampfes gegen die Arbeitnehmer entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn von Kahr verfolgen nur den Zweck, unter Schonung der arbeitserfeindlichen und antirepublikanischen Elemente auf scheinbar legalem Wege die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch in die alte Hörigkeit zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitnehmer zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale, arbeiten sich in die Hand. Alle sind daran interessiert, die

Autorität des Reiches zu untergraben.

Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinandergehen, eint sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion. Die Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch sogar die Sozialpolitik, das heißt die Regelung der sozialen Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose jeder Einflußnahme des Parlaments und der Gewerkschaften zu entziehen, um sie nur noch in die Hand einer mit unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitszeit ohne das in der Verfassung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionen vorgeben, diesen Kampf gegen die Arbeiterschaft im Namen der Nation, im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die

Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Machenschaften entgegengetreten. Sie waren und sind die

Vorkämpfer des Reichsgedankens

in allen von Sonderbündlern und Monarchisten gefährdeten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört.

Die Entrechteten der Nation waren ihre entschlossensten Verteidiger, sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie mit Füßen treten. Die furchtbare Leutung steigt täglich die Entbehrung und die Not in den Familien, trotz der hohen Nominallöhne. Unsere wirtschaftlichen Gegner möchten diesen kargen Entgelt noch vermindern. Um die letzte Kraft aus den Arbeitern herauszuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eigenem Belieben verlängern. Sie werfen die Arbeiter auf die Straße. Unabsehbare wirtschaftliche Not erwartet die Scharen der Arbeitslosen.

Diesem Bunde der Arbeiterfeinde gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr. Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eigenen Reihen politische Gegenstände auszutragen und eure Kräfte zu zerschüttern. Gegen die Feinde der Arbeiterschaft muß die geeinte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Ansturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen — wenn es sein muß auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen! Sakt! Disziplin!

Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die deutsche Republik!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Aufhäuser.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Falkenberg.

den vollen Ernst der Lage. Die Frucht der gepflogenen Beratungen war der Aufruf der Spitzenverbände.

Die inzwischen fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Fraktionen führten schließlich zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie. Die Arbeitszeitfrage und eine Reihe sonstiger sozialpolitischer Fragen wird aus dem Ermächtigungsgesetz ausgeschlossen. Sie werden auf dem gesetzlichen Wege durch den Reichstag geregelt werden. In der hierüber vereinbarten Formulierung heißt es:

„Die schwere Not unseres Landes tags und die Steigerung der Unterernährung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter rechtlicher Zustimmung der technischen Erzeugnisse sowie organisatorischer Verbesserungen unserer Wirtschaft und engher Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuorganisation der Arbeitszeit, unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit, nicht zu umgehen sein. Dabei ist auch die Möglichkeit der partiellen oder ganzlichen Überforderung der Arbeiter im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung der Produktion vorzuziehen. Zur die öffentlichen Verwaltungen finden ähnliche Grundzüge Anwendung.“

Hiernach bleibt das Prinzip des Achtstundentages erhalten, aber durch Geis oder Tarifvertrag sollen Ausnahmen zulässig sein. Auf Grund dieser Vereinbarung erklärte die Sozialdemokratie ihre Bereitwilligkeit, wieder in die Regierung einzutreten, die sich auch am 6. Oktober dem wieder zusammengetretenen Reichstag vorstellte.

Das in der Vereinbarung gemachte Zugeständnis geht reichlich weit. Dem gewerkschaftlichen Standpunkt stehen ernste Bedenken. Es wird Presche in den Aktundentag geübt und die Gewerkschaften werden alle Kraft aufbieten müssen, um die Erweiterung dieses Einbruchs zu verhindern. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Sozialdemokratie richtig gehandelt hat, als sie dieses Zugeständnis machte, darf jedoch die Lage, in der sie sich befand, nicht übersehen werden. Der Verzicht auf das Kompromiß hätte zur Folge gehabt, daß der Schwerpunkt der Regierung nach rechts verkippen worden wäre. Für eine Ausschaltung des Arbeitszeitgesetzes in weit schlimmeren Sinne wäre im Reichstage auch gegen die Sozialdemokratie eine Mehrheit vorhanden. Die Frage ist nur, ob es dazu des Reichstages bedürft hätte.

Die Diktatur, und zwar eine Diktatur der Reaktion, stand drohend am Horizont. Diese Gefahr war es, die den Aufruf der Spitzenverbände veranlaßt hat.

Die Gefahr ist für den Augenblick gebannt, aber nicht für die Dauer beseitigt. Die Möglichkeit, mit der diesmal das Gewitter heraufzog, ist ein Zeichen dafür, daß es sich unverhofft wiederholen kann.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Berücksichtigung der Geldentwertung im Arbeitsrecht.

Mit Wirkung vom 11. Mai 1933 ist der § 87 des Betriebsrätegesetzes dahingehend geändert, daß der Schlichtungsausschuß, wenn nach seiner Entscheidung der Entschädigung gegen die Kündigung berechtigt ist, bei Bemessung der Entschädigung die zur Zeit der Entschädigung maßgebende Lohn- oder Gehaltshöhe der Berufsgruppe berücksichtigen muß.

Wenn nun aber der Unternehmer einen solchen Schiedspruch nicht respektiert, so daß es zur Klage vor dem ordentlichen Gericht kommt, dann hat es manchmal gute Weile, bis ein vollstreckbares Urteil erwirkt ist.

Bei Geldentwertung an der erbetenen Vergütungsschadensforderungen kann der § 87 B.R.G. nicht als Hauptstützpunkt dienen. So hat kürzlich das Gewerbegericht in Weiden eine solche Klageforderung formell abgewiesen und begründet dazu ausgeführt: „Mit dem Anspruch aus § 87 B.R.G. mußte die Klage abgewiesen werden, weil in diesem Falle die ausschließliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses gegeben ist.“

Bei Geldentwertungsforderungen, die nicht auf der vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Entschädigung in Fall der Nichtwiederherstellung beruhen, werden in der Hauptsache der § 286, eventuell auch §§ 287 sowie 288, Abs. 2 Z.P.O. zur Begründung herangezogen werden können.

Die Teuerungszulage in der Invalidenversicherung.

Durch eine Verordnung vom 27. September wird der § 1287, Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, in welchem von der Teuerungszulage die Rede ist, welche neben der Rente gezahlt wird und ein Bestandteil von ihr ist, geändert.

Am 10. Oktober tritt ein neuer Postgebührentarif in Kraft, dessen wichtigste Sätze wir nachstehend wiedergeben.

Table with columns for Postcard types (Postkarten, Briefe, Druckbogen, Geschäftsbriefe, Päckchen, Zeitkarten) and their respective rates in Reichsmark (RM).

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 41. Sonderbeitrag für die Woche vom 7. Oktober bis 13. Oktober 1933 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2

Der Verbandsvorstand

Korrespondenzen.

Schreibweise. In der Buchstabenindustrie ist im Monat September eine gewisse Ruhe eingetreten. Abgesehen von den Unternehmern, die die Gewerkschaften kennen, um sich von den Gewerkschaften, heißt es den Schriftstücken und zum großen Teil auch der Buchstabenindustrie. Einige Betriebe haben Aufträge, aber nicht das erforderliche Material.

Unsere Lohnbewegungen.

Vertragslöhne im Bereich des Reichsmittelvertrages für das Holzgewerbe.

Table showing average wages for 23 years in different regions (Landesbezirk) and wage periods (Geltungsdauer).

Vertragslöhne in der Sägewerksindustrie.

Table showing average wages for sawmill workers in different regions (Vertragsgebiet) and wage periods (Geltungsdauer).

Bei der Ortsklasseneinteilung der Sägewerksindustrie handelt es sich nicht um eine reichszentrale Einteilung, so daß die Ortsklassenlöhne der einzelnen Vertragsgebiete nicht miteinander vergleichbar sind.

Nehmt euch der Jugend an!

Die schwere Zeit mit all ihren Begleiterscheinungen, die wir heute durchzumachen haben, lastet besonders hart auf unserer Jugend. Auf der Jugend beruht die Zukunft. Wollen wir unseren Verband stark erhalten, so müssen wir dafür sorgen, daß der junge Nachwuchs in gewerkschaftlichem Geiste erzogen wird.

In der Stärke-, Pinzel- und Bleistiftindustrie beträgt in der Woche vom 1. bis 6. Oktober der Durchschnittslohn der männlichen Holzarbeiter in den drei Ortsklassen 27 365 000 RM., 25 723 000 RM. und 24 081 000 RM.

Aus der Holzindustrie.

Wie die Unternehmer die Wirtschaft sabotieren. Bei den Bemühungen des Unternehmertums, den Aufstundentag zu befestigen und die alte Ausbeutungsrichtung wiederherzustellen, begegnet man immer wieder der Behauptung, daß das Verhalten der Arbeiter in dieser Frage zum Ruin der Wirtschaft führe.

Da ist die Firma Gebr. Riendorf, Pianofortefabrik A.G. in Luderwalde. Diese Firma schreibt ihrem Betriebsrat Ende September einen längeren Brief, in dem sie auseinandersetzt, daß eine Reise des Direktors ins Ausland nach der Überzeugung der Firma reichlich Aufträge hereinbringen würde.

Der Brief schließt mit der Mitteilung, daß bei der Annahme der Vorschläge der größte Teil des Betriebes sofort gezwungen ist, zunächst drei Tage in der Woche zu arbeiten und nachher wahrscheinlich auf längere Zeit aussetzen zu müssen.

Ein anderer Fall betrifft die Thüringische Sägewerksindustrie. Dort besteht ein Abkommen, nach welchem der Lohn entsprechend dem Reichsindex erhöht wird. Als dieser kürzlich eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 97 Prozent anzeigte, wollten die Unternehmer das Abkommen nicht mehr anerkennen.

Ein Altersheim für amerikanische Holzarbeiter. Der Verband der Zimmerer und Tischler von Amerika (United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America) hat durch Urabstimmung beschlossen, für seine alten und invaliden Mitglieder ein Heim zu errichten und ihnen auch eine Pension zu gewähren.

Gewerkschaftliches.

Notmaßnahmen der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften befinden sich infolge der sich überstürzenden Geldentwertung durchgängig in finanzieller Bedrängnis. Außerlich findet die Not ihren Ausdruck in der Beschränkung des Umfangs der Verhandlungsorgane. Fast alle Gewerkschaftsorgane erscheinen zurzeit nur noch zwei Seiten stark.

Marlin Wagner, Glühlampen, in Kolonnen, Buch. A 332667, zuletzt in Rabenau beschaffen. Ist seit dem 19. 9. 33 verschunden. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden um sofortige Nachricht gebeten.

Junger Möbelschreiner, 21 auch im Dreifachen bemändert, sucht Stellung. Offert. an H. Schwarzbach, Bülten (Hild.), Hospitalstraße 24.

Ein Meißler für Holzspielwaren gesucht. Umzugslohn usw. werden bezahlt. Gehalt nach Vereinbarung. Straßburger Spielwarenfabrik, Straßburger-Schilligheim, Bahnhofstraße 53.

Als Polier- u. Beizmeister wird ein durchaus erfahrener Fachmann von Berliner Firma gesucht. Bewerber muß sich in antik polierten Mahagonimöbeln sowie in allen in- und ausländischen Holzgeräten und Holzwerkstoffen auskennen.

Schlagmetall taugt Holl. Bildl. Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 115. Schöne Intarsien für Möbel. Maxim. Weis, Würzburg, Saft 17.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.